

BÜTZOW

VS-Skandal: Kreisverbände sollen zahlen

15. Januar 2010 | 00:05 Uhr | von Hans-Jürgen Kowalzik



GÜSTROW/BÜTZOW - Anna-Maria Weide hat 10 000 Euro verloren, Mariechen Wilhelm 2500 Euro. Beide Güstrowerinnen vertrauten auf den Namen der Volkssolidarität (VS) und ließen sich auf ein Fondsgeschäft mit zwei VS-Immobilienunternehmen ein. Gestern Nachmittag gehörten sie zu 115 Geschädigten aus der Region, die sich in der Verwaltungsfachschule einfanden. Sie folgten einer Einladung der neuen Verbraucherzentrale (NVZ), auf der beratschlagt wurde, wie im VS-Fondsskandal weiter gemeinsam agiert wird. Das Ergebnis ist, die Gründung eines Geschädigtenvereins und Musterklagen vorzubereiten. Der Verein will damit die Interessen der Betroffenen im Land bündeln. Ziel der Vereinsgründung und der Musterklagen solle es sein, fasste NVZ-Vorstand Dr. Jürgen Fischer zusammen, die Volkssolidarität als Sozialverband in die Pflicht zu nehmen. Es solle Druck aufgebaut werden, um die Kreisverbände Doberan/Rostock-Land und Mecklenburg-Mitte sowie Landes- und Bundesverband zur Wiedergutmachung zu zwingen.

Jochen Resch, Fachanwalt aus Berlin: "Es geht darum, dass die Betroffenen so viel wie es geht von ihrem Schaden von denen ersetzt bekommen, die verantwortlich sind und unter dem Deckmantel der Volkssolidarität agiert haben." Jürgen Fischer sieht Chancen für einen außergerichtlichen Vergleich.

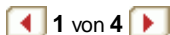
Auch eine Insolvenz der Kreisverbände sei nicht ausgeschlossen. Er berichtete außerdem von einem neuen Dokument, das aufgetaucht sein soll. Es stamme von 2003. Darin würden VS-Verantwortliche zugeben, dass die Fondsgesellschaft vor der Pleite stehe und eine neue gegründet werde, um den

anderen Fonds zu bedienen. Sollte sich das bestätigen, so Fischer, wären die jetzt Geschädigten "getäuschte Kreditgeber".

Schadenersatzansprüche wären möglich.

Große Hoffnungen, schnell an verlorenes Geld zu kommen, dämpfte Anwalt Resch. Sowohl Insolvenz- als auch Straf- und eventuelle Zivilklagen würden Jahre dauern. Umso wichtiger sei, die Volkssolidarität in die Pflicht zu nehmen, so Resch.

 Vergrößern

 1 von 4 